

PD Dr. Ansgar Klein

Engagementpolitik in Deutschland ó Bilanz und Ausblick

Unterausschuss š Bürgerschaftliches Engagementõ des Deutschen Bundestages, 36. Sitzung

Bilanz und Perspektiven der Engagementpolitik der 17. Wahlperiode aus der Sicht des BBE

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist mit seinen ca. 250 Mitgliedsorganisationen ein Netzwerk des größten Teils der Träger- und Förderstrukturen der über 23 Millionen Engagierten in der organisierten Bürgergesellschaft in Deutschland. Das BBE ist der Ort des systematischen Erfahrungsaustauschs, der Fachdiskurse und der Vorbereitung von Kooperationen. Das BBE versteht sich als Wissens- und Kompetenzplattform (siehe das neue Leitbild im Anhang) und möchte diese Funktion in Zukunft deutlich stärken und fortentwickeln. Als trisektorales Netzwerk vertritt das BBE keine Verbandsinteressen, sondern beobachtet und begleitet intensiv das Feld der Engagementpolitik. Eine Politik für die Bürgergesellschaft sollte aus Sicht des BBE eine an den Kriterien Partizipation und Offenheit ausgerichtete Politik sein. Wir sehen uns hier im Konsens mit der großen Mehrheit aller Engagierten und ihrer Organisationen.

Bilanz

In der nun ablaufenden Wahlperiode gab es einige Fortschritte, aber auch Irritationen ó vielleicht auch Missverständnisse ó in Bezug auf die engagementpolitische Entwicklung.

Positiv hervorzuheben ist das Bemühen der Bundesregierung, mit Hilfe des **Nationalen Forums für Engagement und Partizipation (NFEP)** in einem anspruchsvollen Dialogformat zu einer nationalen **Engagementstrategie** zu gelangen. Der vom BBE in den Jahren 2009 und 2010 organisierte und vom BMFSFJ geförderte und breit angelegte Dialogprozess hat gute und facettenreiche Ergebnisse hervorgebracht. In diesem Zusammenhang bedanken wir uns noch einmal bei den etwa 450 Expertinnen und Experten in den 16 durchgeführten Dialogforen, die sich an diesem Dialogprozess beteiligt haben.

Das NFEP hat die große Mitwirkungsbereitschaft der Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, aus Kommunen und Ländern, aber auch aus der Wissenschaft an der Mitwirkung an einer engagementpolitischen Meinungs- und Willensbildung deutlich gemacht. Es hat Resultate hervorgebracht, die noch auf Jahre für die Engagementpolitik aktuell sein werden und die eine gute Grundlage bei der Fortentwicklung der engagementpolitischen Agenda sein

werden. Mit der Beendigung der BBE-Trägerschaft des NFEP Ende 2010 hat der Prozess unserer Einschätzung nach eine deutliche Zäsur erfahren. Die bis dahin erarbeiteten Ergebnisse des NFEP sind nach mehrheitlicher Wahrnehmung nur bedingt in der Engagementstrategie der Bundesregierung abgebildet. Dies hindert uns jedoch nicht daran, das šdicke Brettō der Engagementpolitik weiter zu bohren. Was dieser Forumsprozess auf jeden Fall eindrucksvoll untermauert hat, ist die auch künftig zu beachtende Erkenntnis, dass Engagementpolitik als ein partizipativer Prozess gestaltet werden muss, wenn sie eine breite Wirkung entfalten soll.

Nach der Aussetzung der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Wegfall des Zivildienstes kam die Diskussion über die Zukunft der Freiwilligendienste stark in Bewegung. Auf Betreiben des BMFSFJ wurde das Bundesamt für den Zivildienst in das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) umbenannt bzw. umgewandelt. Damit verbunden war die Einrichtung des **Bundesfreiwilligendienstes**, mit dessen Etablierung es gelungen ist, von den erheblichen Bundesmitteln, die bis dato in den Zivildienst flossen, etwa 300 Mio. EUR pro Jahr für die Förderung der Freiwilligendienste als eines wichtigen Elements des bürgerschaftlichen Engagements zu erhalten bzw. zu sichern. Kritisch sieht das BBE ó hier ist vor allem die Arbeitsgruppe 3 šFreiwilligendiensteō des BBE engagiert bzw. involviert ó mit Blick auf die Organisation und Durchführung des BFD das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft mit dem besonderen Aspekt šSubsidiaritätō. Darüber hinaus sind die unterschiedlichen Rollen des BAFzA in diesem Kontext zu schärfen und deutlicher als bisher zu differenzieren. Die Schaffung eines Freiwilligendienststatusgesetzes war von der Bundesregierung mehrfach angekündigt worden, blieb dann aber auf der Ebene des Referentenentwurfs stehen. Das damit verbundene **Ziel, die verschiedenen Freiwilligendienstformate in ein vernünftiges und ausgeglichenes Verhältnis zueinander zu setzen**, bleibt aus Sicht des BBE weiterhin aktuell..

Gegen Ende der Wahlperiode hat das BMFSFJ den ersten **Engagementbericht der Bundesregierung** vorgelegt und ist damit einem entsprechenden Auftrag durch den Deutschen Bundestag nachgekommen, was wir ausdrücklich begrüßen. Da das BBE nicht in den Sachverständigenrat einbezogen wurde, war ein systematischer Wissenstransfer aus dem Netzwerk in die Engagementberichterstattung leider nicht möglich. Der Bericht sorgte für sehr lebhaft Debatten, nicht zuletzt auf der vom BBE organisierten und vom BMFSFJ geförderten Tagung zum Engagementbericht am 6. Februar 2013 in Berlin. Vor allem der Versuch, das bürgerschaftliche Engagement mit Bezug auf eine postulierte Bürgerpflicht neu zu definieren, fand deutlichen Widerspruch und sorgte für eine Schärfung des Gedankens, dass bürgerschaftliches Engagement mit dem Prinzip der Freiwilligkeit wesentlich verbunden ist. Das šRecht auf Engagementō (M. Bürsch) muss mit Hilfe geeigneter Rahmenbedingungen für alle Menschen realisierbar sein.

Gegen Ende der Legislaturperiode ist das š**Gesetz zur weiteren Stärkung des Ehrenamts**ō verabschiedet worden. Es enthält wichtige Punkte wie eine Lockerung des Endowment-

Verbots im Stiftungsbereich oder auch eine tolerantere Auslegung des Begriffs der ſzeitnahen Mittelverwendung fűr ideelle Zwecke. Die vom BBE immer wieder empfohlene Stärkung des gemeinnutzigen Zwecks der Engagementförderung und die damit verbundene steuerrechtliche Stärkung einer nachhaltigen, das Engagement fördernden Infrastruktur unterblieb jedoch zu unserem größten Bedauern. Daran haben deutlicher Appelle aus der ganzen Breite der Bürgergesellschaft leider nichts ändern können.

Das BBE wirbt weiter für den ſgroen Wurf fűn in der Gesetzgebung der Engagementpolitik. Dazu ist ein erneuter Anschluss an einige im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung zwar angekündigte, aber dann nicht realisierte Vorhaben der Bundesregierung erforderlich.

Zu den zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung gehören vor allem:

- **ſGesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, das alle geeigneten Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation berücksichtigt fű. Mögliche Themen in diesem Zusammenhang:** Aufhebung des Kooperationsverbots als Voraussetzung einer nachhaltigen Infrastrukturförderung, Förderung zeitintensiven Engagements, darunter des bisherigen Freiwilligendienstes aller Generationen, Regelungen gegen eine ſVerdienstlichung fű des Engagements
- **ſbundeseinheitliches Förderinstrument fű zur Bündelung, Abstimmung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen fű:** Gleichgewicht zwischen der Förderung der Freiwilligendienste fű derzeit bei ca. 350 Millionen Euro fű und der allgemeinen Engagementförderung für die Rahmenbedingungen von 23 Millionen Engagierte fű derzeit bei ca. 50 Millionen Euro; die Ermöglichung nachhaltiger engagementfordernder Infrastruktur; die Stärkung von aufsuchenden und inklusiven Formaten der Engagementförderung.

Beide Vorhaben bleiben aus Sicht des BBE weiterhin von zentraler Bedeutung und sollten in der kommenden Wahlperiode energisch aufgenommen werden.

Die **Förderung der BBE-Geschäftsstelle** wurde in den letzten 3 Jahren gravierend gekürzt fű bis 2014 auf 57% der langjährigen Grundförderung. (von einem langjährigen Grundbedarf von 350.000 Euro auf im kommenden Jahr 200.000). Zwar konnte das BBE bisher die massiven Kürzungen durch Mittel von Mitgliedern und Partnern teilweise kompensieren, wurde aber dadurch in seiner Entwicklung stark abgebremst.

Die Bedeutung eines fachlich orientierten Netzwerks in der Engagementpolitik hat aus unserer Perspektive einen Nutzen, der die Aufwendungen durch den Staat um ein Vielfaches übersteigt. Die Förderung einer bundesweiten Vernetzungsstruktur ist zentral für eine beteiligungsstarke Engagementpolitik und für den fachlichen Austausch und sollte daher auch im Interesse einer vorausschauenden Politik des Bundes liegen. Das BBE wird seine in einem

intensiven Leitbildprozess herausgearbeitete Zielsetzung konzeptionell wie praktisch fortentwickeln, als eine Wissens- und Kompetenzplattform für bürgerschaftliches Engagement allen Nutzern relevante und aktuelle Informationen wie auch wichtige Serviceangebote anbieten zu können und die Kompetenzen der breiten Mitgliedschaft des BBE dafür zur Geltung zu bringen.

Für das **Querschnittsthema des bürgerschaftlichen Engagements** erbringen neben dem BMFSFJ auch andere Häuser der Bundesregierung wesentliche Leistungen für die Engagementförderung. Dies betrifft etwa die Selbsthilfeförderung durch das BMG, die Inklusionsförderung oder das Thema Corporate Social Responsibility im BMAS, Sport, Rettungs- und Hilfsdienste, politische Bildung und Integrationsförderung im BMI, die Engagementförderung im ländlichen Raum durch das BMVEL, die Förderung des Engagements in der Entwicklungshilfe durch das BMZ, die Förderung von Freiwilligendienstformaten durch verschiedene Häuser (BMZ, AA u.a.) oder die Förderung des stadtteilbezogenen Engagements durch das BMVBS ó hier hat die Kürzung der engagementfördernden Komponenten der Sozialen Stadtö berechnigte Kritik auf sich gezogen.

Eine echte engagementpolitische Bilanz setzt die sorgsame Bilanzierung und Bewertung der Leistungen aller Häuser in einer Zusammenschau voraus. Dies kann an dieser Stelle seitens des BBE nicht geschehen.

Perspektiven

Das Leitthema der 18. Wahlperiode sollte aus Sicht des BBE "Demokratie" sein. Wir sprechen uns für die Einrichtung einer Demokratie-Enquete aus. In diesem Gremium könnten Themenkomplexe wie Engagement und Partizipation im politischen Mehrebenensystem, Extremismusbekämpfung, politische Bildung und partizipationsbezogene Netzpolitik vertieft und mit tragfähigen politischen Perspektiven versehen werden.

Zwischen BBE und BAFzA gilt es gute Formen einer partnerschaftlichen Kooperation zu entwickeln: Bundesamt und Bundesnetzwerk können so Synergien entwickeln. Dies gilt übrigens auch für VENRO und Engagement global als vergleichbare Strukturen in der Entwicklungspolitik.

Was die substanzielle Politik angeht, so halten wir in den kommenden Jahren folgende Themenkomplexe für zentral:

- Die Ermöglichung einer Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement (Freiwilligenagenturen und -zentren, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen und kommunalen Anlaufstellen mit ihren Funktionen der Beratung, Vernetzung, Qualifizierung, Gewinnung von Freiwilligen usw.) stellt ein zentrales Problem dar, mit dessen Lösung der Bund seiner gesamtstaatlichen Verantwortung in herausragender Weise gerecht werden könnte.

- Die Verträglichkeit der Engagementpolitik mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik muss künftig besser als bislang sichergestellt werden. Der öffentlich gewordene „Missbrauch“ der Übungsleiterpauschale in Kombination mit 450-Euro-Jobs, aber auch die „Interpretation“ des Bundesfreiwilligendienstes als arbeitsmarktpolitisches Instrument sind Tendenzen, denen künftig entgegenzuwirken sein wird.
- Politische Bildung und demokratische Erziehung sind auch künftig zentrale Elemente einer Politik für die Bürgergesellschaft.
- Den Deutschen Engagementpreis und die Woche des Bürgerschaftlichen Engagements gilt es synergetisch-kooperativ weiterzuentwickeln. Das BBE steht hier – bei entsprechender Unterlegung mit Ressourcen – gerne zur Verfügung.

Das BBE hat in einem intensiven Diskussionsprozess seine **engagementpolitischen Empfehlungen für den Bundestagswahlkampf 2013** an alle Parteien erstellt. Hier finden sich die Ergebnisse intensiver fachlicher Auseinandersetzungen in gebündelter Form (siehe Anlage).

Berlin, den 12. Juni 2013,

PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer BBE

Anlagen:

- Leitbild BBE
- Engagementpolitische Empfehlungen des BBE zur Bundestagswahl 2013